



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 547 Anfrage Stutz Hans und Mit. über die eingeschränkte Erreichbarkeit des Amtes für Migration (Amigra) / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Hans Stutz ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Hans Stutz: Noch heute ist auf der Homepage des Amtes für Migration (Amigra) die Meldung zu lesen, dass das Amt per Telefon nur beschränkt erreichbar sei – dies seit dem 5. April. Folglich ist das Amt für Migration seit 75 Tagen nicht in der Lage, seine Aufgaben im üblichen Rahmen abzuwickeln. Es gab noch Zeiten, da strebte der Kanton eine wirkungsorientierte Verwaltung an, die sich an den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden orientiert. Nun haben wir eine Finanzpolitik, die den Mangel in der Verwaltung zum Normalstatus macht, sei es beim Amt für Migration, oder sei es bei der Strassenverkehrskontrolle, wo sich die Kontrollen ganzjährig stauen, oder beim Datenschutzbeauftragten, der wegen Unzufriedenheit die Kündigung einreicht. Beim Amigra ist der Pendenzenstand von Anfang April bis Mitte Mai von 800 auf 1500 Pendenzen gestiegen. Man geht wohl recht in der Annahme, dass dieser Stand zwischenzeitlich weiter angestiegen ist. Unerfreulich ist, dass der Regierungsrat die Folgen seiner von ihm mitverantworteten Finanzpolitik nicht selbst zu tragen bereit ist und nun ganz einfach dem Dienststellenleiter die Verantwortung zuschiebt. Die Grünen fordern deshalb vom Regierungsrat, dass er eine Politik betreibt, damit auch bei aussergewöhnlichen Situationen – krankheitsbedingte Abwesenheiten der Angestellten gehören dazu – die Klientinnen und Klienten des Kantons nicht lange Wartezeiten erleiden müssen, weil Dienststellen nicht mehr ausreichend leistungsfähig sind.

Ylfete Fanaj: Ich bin froh über die Anfrage von Hans Stutz, denn die Antwort der Regierung ist sehr aufschlussreich. So wurde bekannt, dass das Amigra im Alltag über 500 Pendenzen verfügt. Mir scheint das eine sehr hohe Anzahl an Pendenzen zu sein. Hinter diesen Gesuchen stehen Menschen. Mit den Personalausfällen ist die Anzahl der Pendenzen auf 1500 angestiegen. Alle Klienten des Amigra – dabei handelt es sich auch um Schweizerinnen und Schweizer oder Gemeinden – haben Anrecht auf eine gute Dienstleistung. Für die Gesuche werden schliesslich auch entsprechende Gebühren erhoben. Jede Verlängerung einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung kostet. Auf der Webseite des Amigra kann die Bearbeitungsdauer der einzelnen Gesuche entnommen werden. Im Normalfall dauert ein Gesuch um Familiennachzug zwischen acht und zehn Wochen. Bei der grossen Anzahl von Pendenzen wird es wohl bis zu 30 Wochen dauern. Müssen noch Angaben nachgereicht werden, verlängert sich das Ganze nochmals. Für die SP ist das ein unhaltbarer Zustand. Wir bitten den Regierungsrat, die Situation ernst zu nehmen und Massnahmen zu ergreifen. Meiner Meinung nach versteckt sich der Regierungsrat hinter dem Dienststellenleiter. Es liegt aber nicht nur in der Verantwortung des

Dienststellenleiters allein, mit dieser Situation umzugehen, sondern auch in der des Departementsvorstehers. Ich bitte Sie deshalb, eine Personalaufstockung vorzusehen.

Markus Hess: Es stellen sich auch nach der Beantwortung der Anfrage weitere Fragen in Bezug auf die Qualität des kantonalen Service public. Wie steht es um die Führung der Dienststelle, wenn gleich drei Mitarbeitende von 8,5 Stellen offenbar fast gleichzeitig ausfallen? Wieso können in einem Notfall nicht innert zwei bis drei Tagen temporäre Ersatzlösungen organisiert werden? Es ist also eine Führungsfrage. Falls die Ursache dieses zögerlichen, nicht wirklich kundenorientierten Handelns bei den Lohnkosten und der fehlenden Krankentaggeldversicherung des Kantons liegt, sollte der Kanton überlegen, Geld für solche Situationen anzusparen. Die GLP hat schon wiederholt auf diesen Systemfehler einer fehlenden Taggeldversicherung hingewiesen.

Michael Kurmann: Es ist bedauerlich, wenn Mitarbeitende wegen gesundheitlicher Probleme ausfallen und dadurch eine Unterbesetzung des Amigra besteht. Die Erreichbarkeit des Amigra ist weiterhin täglich gewährleistet, wenn auch eingeschränkt, aber es handelt sich um eine Notsituation. Es handelt sich hier um ein operatives Problem, das zwar behoben werden muss, aber weitere Massnahmen sehen wir keine.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Es ist eine Unterstellung, wenn der Anfragende behauptet, dass das Amigra seine Aufgaben nicht mehr erfüllt. Viele der Fragen sind zu Recht gestellt worden, insbesondere solche zum Umstand, dass in einer Abteilung vier Personen aus gesundheitlichen Gründen ausfallen. Das sind schwerwiegende Fragen, die einer Klärung bedürfen, beispielsweise ob es sich um Führungsfragen oder tiefere Ursachen handelt. Diese Fragen sind aber bereits in der SPK ausgiebig diskutiert worden. Wir verstecken uns nicht hinter dem Dienststellenleiter, es ist aber seine Aufgabe, diese Fragen der SPK zu beantworten, was er auch getan hat. Gemäss seinen Aussagen handelt es sich um gesundheitsbedingte Koinzidenzen, eine Systematik könne dabei nicht ausgemacht werden. Es bestehe aber ein Plan, wie die Angestellten wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren könnten, man ersetze sie nicht einfach. Sie sollen über ein Case Management ihre Leistungsfähigkeit zurückerhalten. Das ist im Interesse aller und gehört auch zur Fairness. Er hat ausgeführt, dass er bewusst entschieden habe, Schwerpunkte bei der Erledigung von Pendenzen zu setzen, also den Output zu optimieren, und er den Kundenshalter nicht priorisiert habe. In der SPK wurden auch Fragen über die Ausfallgründe gestellt, die ich aus Persönlichkeitsgründen hier nicht ausführen kann. Unerfreulich ist nicht die Tatsache, dass das Amigra eine Priorisierung wahrgenommen hat und die kranken Mitarbeitenden wieder gezielt in den Arbeitsprozess integrieren will, was zum Teil schon gelungen ist, sondern unerfreulich ist, dass man eine Staatsaffäre daraus macht und es als politisches Problem hinstellt.